

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die letzte Kreistagssitzung 2017 war wie immer zum Jahresende durch die Haushaltsberatungen geprägt. Bei den neu eingebrachten Anträgen gab es jetzt – gemäß neuer GO – keine Debatte mehr, obgleich die aktivste und damit nervigste Gruppe im Kreistag – unsere – diesmal mit Neuankömmlingen sparsamer umging. Übrigens glänzte die „AFD“ größtenteils durch Abwesenheit. Sie beteiligte sich weder an der Debatte, noch stellte sie Anträge.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 2 – Tagesordnung/ Dringlichkeitsantrag

Hintergrund unseres Dringlichkeitsantrages: Ein halbes Jahr nach den G-20-Demonstrationen in Hamburg begab sich die Polizei in Göttingen auf „Spurensuche“, um die „Drahtzieher“ der „Krawalle“ am Rande des Gipfels ausfindig zu machen. Über die Razzien muss hier nicht mehr im Detail berichtet werden, auch nicht über die anschließende (Gegen-)Demonstration in Göttingen, bei der der Sohn eines Kreistagsabgeordneten von der Polizei anlasslos brutal misshandelt wurde. Wegen dieser in einem Rechtsstaat eigentlich nicht vorstellbaren Ereignisse stellte unsere Gruppe den Dringlichkeitsantrag, der Polizeipräsident möge doch einmal gegenüber dem Kreistag Rede und Antwort stehen. Die Zulassung des Antrags wurde von SPD-Boss Dierkes in einer substanzlosen Rede zurückgewiesen, unser Antrag zur Tagesordnung wurde niedergestimmt. Gut wäre es jedenfalls gewesen, wenn die „staatstragenden“ Parteien wenigstens in der Lage gewesen wären zu begründen, warum eine Debatte über die Ereignisse nicht erwünscht ist. Nicht einmal eine persönliche Erklärung durfte dann Mohan Ramaswamy abgeben.

TOP 11 – 100 geförderte Arbeitsplätze schaffen

Diesen Antrag hatte unsere Gruppe zur Kreistagssitzung im September eingebracht. Eckhard Fascher erneuerte in seiner Rede unsere Kritik an den bisherigen Verhältnissen mit 1-€-Jobs und dem Fehlen der früheren ABM-Stellen. Ein zweiter Arbeitsmarkt sei ohne Alternative – diese Position übernahm dann übrigens auch der Landrat. Im übrigen verwies die neoliberale GroKo auf Nichtzuständigkeit bzw. Geldmangel und lehnte unseren Antrag ab.

TOP 17 Resolution „Keine SGB-II-Mittelkürzungen“

Die Mehrheit beschloss auf Antrag von SPD/GRÜNE/FWLG, an den Bund zu appellieren, die SGB-II-Zuschüsse für die Optionskommune auskömmlicher zugestalten. Ein Änderungsantrag von uns, an den Bund zu appellieren, auch geförderte Arbeitsplätze für Erwerbslose zu finanzieren, wurde aber abgelehnt. Entlarvend!

TOP 16 – Extremismus- prävention stärken

Da „rechts“ Chauvinismus und Ausbeutung bedeutet, „links“ dagegen Emanzipation und Solidarität, fragt man sich natürlich, was „Linksextremismus“ eigentlich sein soll. Eine zu solidarische und zu emanzipatorische Gesellschaft? Die CDU glaubt allerdings, dass es dieses zu bekämpfende Phantom gibt und ihr Abgeordneter Bornmann zog dafür ins (Wort-)Gefecht. Dabei gab er gleich zu, nicht für sich selbst zu sprechen, sondern für irgendwelche „Experten“, namentlich die Polizei. Dieser platte Rechtspopulismus wurde von unserer Rednerin Rieke Wolters entsprechend gewürdigt. Im Ergebnis wurde dann beschlossen, die Stelle zur Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz beim Landkreis Göttingen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu entfristen.

TOP 14 – Haushalt 2018

Die Debatte begann mit einer Selbstbeweihräucherung des Landrates und der ihn tragenden Fraktionen. Dabei stellte Eckhard Fascher fest, dass offensichtlich SPD, Grüne und FWLG im wesentlichen ihre Aufgabe darin sehen, die Politik des Landrates abzunicken. Interessanterweise entdeckte die CDU auf einmal die Oppositionsrolle und stimmte wegen des von uns ebenfalls kritisierten fehlenden Zuschusses für das Fachwerk-5-Eck dem Haushalt entgegen ihrer ursprünglichen Absicht doch nicht zu. Unser Anliegen, fehlende Mittel durch Sparkassengewinne aufzufüllen, wurde nebenbei nochmals zurückgewiesen. Auch unsere bereits in den Ausschussberatungen eingebrachten Änderungsanträge für die Erhöhung oder Gewährung von Zuschüssen für soziale und kulturelle Initiativen wurden abgelehnt. Das betraf auch so kleine Beträge wie 3500 € für die medizinische Flüchtlingshilfe und 5000 € für die Neuauflage des Gedenkbuches für die jüdischen Einwohner. Am Stellenplan kritisierte Eckhard Fascher, den beginnenden Stellenabbau und die Arbeitsbedingungen bei ausgelagerten Gesellschaften wie der Kreismusikschule und GAB, denen die in der Kreisverwaltung üblichen Beschäftigungsbedingungen verweigert werden. Der Gesamthaushalt wurde von uns dementsprechend abgelehnt. Nur die Mehrheit aus SPD, Grüne und FWLG mit dem Landrat stimmte zu.

TOP 18 – Ansiedlung eines großflächigen Möbelmarktes in Göttingen verhindern

Auch dieser Antrag wurde von uns bereits im September eingebracht (wir berichteten). Immerhin stimmten die Grünen diesmal mit uns und es gab viele Enthaltungen. Die übrigen Fraktionen fanden aber den Möbelmarkt entweder gut wie die SPD oder sie fühlten sich nicht zuständig.

TOP 35 – Einführung eines Bürgerhaushaltes (Erstantrag)

Ziel eines Bürgerhaushaltes ist es, den Haushalt zunächst allgemeinverständlich aufzubereiten, um dann den Bürger*innen zu ermöglichen, in die Haushaltsberatungen eigene Vorschläge einzubringen, mit denen sich die Kreisorgane dann zu befassen haben. Mohan Ramaswamy wies in seiner Einbringungsrede auf positive Erfahrungen in anderen Kommunen hin. Zudem habe die gute Beteiligung der Bürger etwa bei der Debatte um den „Zukunftsvertrag“ in der Stadt Göttingen gezeigt, dass diese durchaus zu einer entsprechenden Mitarbeit in der Lage seien.